



ICEP *argumente*

6. Jg. | 3. Ausgabe 2010 | Juni

Kein Anwalt der armen Länder? Zur Neupositionierung des BMZ

von **Christoph Krauß und Gerhard Kruij, Mainz**

Der frühere FDP-Generalsekretär Dirk Niebel hatte als neuer Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung von Anfang an einen schweren Stand. In vielen Kommentaren wurde bemängelt, dass nun gerade derjenige die Verantwortung für ein Ministerium bekam, dessen Abschaffung er vorher gefordert hatte. Das FDP-Wahlprogramm 2009 verlangte explizit, die Tätigkeitsfelder des BMZ in den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes einzugliedern. Auch noch während der Verhandlungen plädierte die FDP für eine Abschaffung des Ministeriums. Nun tritt Bundesminister Niebel für eine „Neuausrichtung“ des BMZ ein. Wie ist diese sozialetisch zu bewerten?

Ethische Grundsätze der Entwicklungszusammenarbeit

Auf der aktuellen Homepage des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) aus ethischen Grundsätzen begründet: „Gerechtigkeit und Solidarität sind Grundwerte des menschlichen Lebens: Keiner darf wegsehen, wenn in einem anderen Land unmenschliche Verhältnisse herrschen – wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun. Unsere Kultur basiert auf dem Ideal, dass die Starken die Schwachen unterstützen. [...] Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Die Allgemeinheit, das sind in der globalisierten Welt nicht nur die Menschen in Deutschland, sondern auch die Menschen auf anderen Kontinenten.“ Hier wird ein moralischer Universalismus zur Begründung der EZ formuliert, der jedem Menschen die gleiche Würde und gleiche Rechte zuerkennt und die ganze Menschheit als den moralischen Raum definiert, auf den heute Gerechtigkeit und Solidarität zu beziehen sind. Zweifelsohne war dies die sozialetische Basis von Heidemarie Wiczorek-Zeul in der Leitung des BMZ. Aber soll dies auch weiterhin gelten?

In deutlicher Abgrenzung von deren Politik als Chefin eines „Brunnenbauministeriums“ proklamiert Niebel eine „Neuaus-

richtung“ der EZ, die nicht so recht zu den oben zitierten Aussagen passt. Mehr als bisher solle die EZ an deutschen Interessen, insbesondere auch den wirtschaftlichen Interessen des Mittelstandes ausgerichtet werden. Das BMZ sei kein „Weltsozialamt“. Es ist zweifelsohne legitim, in der EZ auch eigene Interessen zu verfolgen. Idealerweise werden durch die EZ nachhaltig win-win-Situationen geschaffen, von denen alle Beteiligten profitieren. Wenn das BMZ aber künftig seine Politik vorrangig darauf ausrichtet, Absatzmärkte für deutsche Unternehmen zu schaffen, dann droht es in die Zeiten der Modernisierungstheorie zurückzufallen, die die Länder des Südens vornehmlich als Rohstofflieferanten und Absatzmärkte sah, die durch „aufholende Entwicklung“ den Weg der fortgeschritteneren Industriestaaten nachahmen sollten. Dies ist weder aus ökologischer noch aus kultureller Sicht wünschenswert. Natürlich müssen die armen Länder sich wirtschaftlich entwickeln, um die Lage ihrer Einwohner zu verbessern. Dort aber nur Absatzmärkte zu suchen, deutet auf ein fragwürdiges Verständnis der EZ hin. Die EZ muss eher umgekehrt vorgehen und den Westen als Absatzmarkt für Entwicklungsländer öffnen. Denn nur so kann eine Partizipation der Entwicklungsländer an der Weltwirtschaft in einer Weise stattfinden, die deren Situation verbessert.

ICEP · Berliner Institut für christliche Ethik und Politik

Das ICEP versteht sich als politische Ideenagentur, die mit sozialetischen Positionen und Expertisen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen Entscheidungsträger und Betroffene vom Standpunkt einer anwendungsorientierten christlichen Ethik aus berät. Zusammen mit anderen Sozialetikerinnen und Sozialetikern bildet es eine Plattform für christliche Ethik im politischen Raum. Das ICEP ist eine Forschungseinrichtung der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB).

Über die Autoren

Diplomtheologe Christoph Krauß ist Assistent am Lehrstuhl für Christliche Anthropologie und Sozialetik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Mainz. Dr. Gerhard Kruij ist Professor für Christliche Anthropologie und Sozialetik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Mainz und Mitglied des Beirats des ICEP. Zudem ist er Mitarbeiter der Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialetik der Deutschen Bischofskonferenz.

Afrika und Afghanistan als Schwerpunktregionen

Erste Äußerungen bezüglich der EZ mit China nahm Niebel insofern zurück, als er betonte, begonnene Projekte sowie der Rechtsstaatsdialog würden fortgesetzt. Aber die Entscheidung zur Einstellung der Entwicklungshilfe für China bleibt problematisch, leben dort doch immer noch mehr als viermal so viele Menschen unter der Armutsgrenze von 1,25 US-Dollar, als in ganz Lateinamerika und der Karibik. Durch seine drei Reisen nach Afrika wurde deut-



lich, dass dieser Kontinent Schwerpunktregion der deutschen EZ sein soll. Das wiederum ist durchaus richtig, weil dort die Probleme der Armut, fehlender Gesundheit und Bildung, wachsender Korruption und der versagenden Staaten besonders groß sind. Gleichzeitig werden jedoch im Blick auf Afrika die Probleme der Wirksamkeit eines entwicklungspolitischen Eingriffs besonders intensiv und mit zunehmender Skepsis hinsichtlich seiner Erfolgsaussichten diskutiert, wobei Niebel offenbar Fragen der Wirksamkeit vor allem mit stärkerer Wirtschaftsorientierung gleichsetzt.

Ein anderer Schwerpunkt deutscher EZ soll Afghanistan werden, weil die Bundesregierung nach Aussage Niebels „zuerst“ deutsche Sicherheitsinteressen in den Blick nehmen müsse. Dabei wirft Niebel seiner Vorgängerin „Bundeswehr-Phobie“ vor. Umgekehrt sind seine Forderungen nach einer engeren „Verzahnung“ zwischen der Arbeit der Bundeswehr und der EZ bei entwicklungspolitischen Experten auf heftige Kritik gestoßen, da die EZ nur dann erfolgreich und glaubwürdig sein kann, wenn sie sich nicht in Abhängigkeit von militärischen Zielen und Maßnahmen begibt. Angesichts der Tatsache, dass Niebel selbst sieben Jahre Berufssoldat war und als einer seiner neuen Abteilungsleiter Friedel Eggelmeyer, einen früheren Oberst der Bundeswehr und Experten für Sicherheitspolitik berief, wurde ihm sogar „Militarisierung“ der EZ vorgeworfen.

Institutionelle Neuausrichtung

Die jetzt in Angriff genommene Zusammenlegung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der internationalen Weiterbildungs- und Entwicklungsagentur (InWent) und des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED), der für die Ausbildung und den Einsatz deutscher Entwicklungshelfer zuständig ist, gehört ebenfalls zu dieser Neuausrichtung. Im Grundsatz wird dies von allen politischen Kräften und in breiten Fachkreisen unterstützt. Guido Ashoff vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) hatte in einer im Herbst 2009 vorgelegten Studie zur Verbesserung der Wirksamkeit der EZ und besonders zur Verbesserung der Repräsentanz deutscher Organisationen der EZ in den Empfängerländern ebenfalls für eine Zusammenlegung plädiert, allerdings

unter Einschluss der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) der KfW-Entwicklungsbank. Eine andere Studie von Daniel Brombacher (Stiftung Wissenschaft und Politik) kommt zu ähnlichen Ergebnissen, besonders hinsichtlich des notwendigen Einschlusses der FZ. Sie betont aber stärker, dass auch die Geberländer „good governance“ praktizieren und für eine Kohärenz der Politiken verschiedener Ressorts (v.a. Außenpolitik, Verteidigung, Wirtschaft, Landwirtschaft) sorgen müssten, was durch eine Zusammenlegung der Durchführungsorganisationen alleine nicht gewährleistet wird. Es ist z.B. kontraproduktiv, wenn vom BMZ Projekte zur Exportdiversifikation durchgeführt werden, die aber wegen fortbestehender Importbeschränkungen ins Leere laufen. Die jetzt geplante Fusion von GTZ, DED und InWent kann also nur ein erster Schritt zu besserer Koordination und größerer Kohärenz sein. Wichtig ist allerdings, dass sie nicht auf Kosten der anerkannten Stärken dieser Organisationen geht.

Niebel wird auch daran gemessen werden, ob es ihm gelingt, die Zusagen Deutschlands zur Steigerung der Entwicklungshilfe von jetzt 0,4 Prozent auf 0,7 Prozent des BIP bis 2015 einzuhalten. Eine erste „Streichliste“ des Bundesfinanzministers sieht für das BMZ eine Reduktion um 62,9 Millionen Euro für 2011 bis 2012 vor. Prozentual ist dies nur etwa 1 Prozent des aktuellen BMZ-Etats von ca. 6 Milliarden. Würde die Bundesregierung allerdings ihre Zusagen ernst nehmen, so müsste der BMZ-Etat deutlich steigen. Die bereits für 2010 versprochenen 0,51 Prozent werden so jedenfalls nicht erreicht. Niebel betont dabei immer wieder, es komme gar nicht so sehr auf das Geld, als vielmehr auf die Wirksamkeit an. Damit hat er recht, jedoch sollte die Verbesserung der Wirksamkeit nicht durch eine Reduktion der Mittel ausgeglichen werden, vielmehr muss es angesichts der Armut in der Welt darum gehen, beide zu steigern.

Institutionelle Eigenständigkeit der Entwicklungshilfe

Minister Niebel betont zudem, das „Versprechen vor der Wahl, beide Ministerien [nämlich Auswärtiges Amt und BMZ] enger zu vernetzen, wurde gehalten. Die alten Debatten um eine Abschaffung sind längst verebbt, weil abgestimmt zwei Ressorts viel Sinn machen.“ Wie in der Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium will Niebel offenbar das Kohärenzproblem der drei Politikfelder dadurch lösen, dass er auf eine enge persönliche Kooperation dieser Minister setzt, die zurzeit alle der FDP angehören. Wenn sich das BMZ den deutschen Interessen

der Außenpolitik und der Wirtschaftspolitik einfach unterordnet, sind in der Tat keine Konflikte mehr zu erwarten. Aufgabe des BMZ ist es aber, sich zum Anwalt der berechtigten Anliegen der armen Länder zu machen, was ohne Spannungen zu anderen Politikfeldern nicht zu haben ist. Ein eigenes „Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“, das zweifelsohne auch auf die Unterstützung nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums ausgerichtet sein muss, macht nur Sinn, wenn der Appendix „und Entwicklung“ nicht vergessen wird. Das impliziert aber, dass für die EZ weder ausschließlich ökonomische Kriterien noch vorrangig deutsche Interessen eine Rolle spielen dürfen. Für eine EZ, die sich als Anwältin der armen Länder begreift, gibt es durchaus auch im Koalitionsvertrag Anhaltspunkte: „Wir werden uns für einen schnellen und entwicklungsorientierten Abschluss der Welthandelsverhandlungen einsetzen, sowie den Abbau der Agrarsubventionen und die Beendigung handelsverzerrender Fördermaßnahmen im Rahmen der WTO-Verhandlungen, den Süd-Süd-Handel und regionale Wirtschaftspartnerschaften fördern und durch Handelshilfen dazu beitragen, dass Entwicklungsländer an der wirtschaftlichen Globalisierung Teil haben können.“ Es ist Aufgabe des BMZ, neben der Förderung guter Projekte auf eine Öffnung des europäischen Marktes für Produkte aus den armen Ländern zu sorgen, oder sich zumindest dafür einzusetzen, dass der Export subventionierter Produkte aus dem Agrarbereich nicht die Märkte in den weniger entwickelten Ländern zerstört. Sollte es dem neuen Minister gelingen, diese Anwaltsfunktion glaubwürdig wahrzunehmen, würde er die Akzeptanz der EZ bei ihren Skeptikern steigern helfen, die ja vor allem auch unter FDP-Wählern zu finden sind.

Impressum

**Herausgeber / V.i.S.d.P.
ICEP · Berliner Institut für
christliche Ethik und Politik**

Köpenicker Allee 39–57
10318 Berlin

vertreten durch
Prof. Dr. Axel Bohmeyer

info@icep-berlin.de
www.icep-berlin.de

ISSN-Nr. 1614-7677